

Steffen Henrich

Die ökonomischen Märchen der LINKEN – Ein Blick hinter die Kulissen linker Wahlkampflogans

Linke Politik genießt derzeit eine durchaus hohe Popularität. Zwar hat die SPD in den Meinungsumfragen vor der Bundestagswahl gewaltig Federn lassen müssen, doch wird dies durch die zunehmende Wählergunst für DIE LINKE zumindest teilweise wieder ausgeglichen. Gerade unter dem Eindruck der wirtschaftlichen Nachwehen der Finanzkrise sehen viele Bürger in den Wahlversprechungen der LINKEN einen Ausweg. Zweifelsohne klingt die Programmatik der LINKEN verführerisch, insbesondere für den Teil der Bevölkerung, dem die befürchteten Folgen der Finanzkrise die meisten Existenzängste einjagen. Mehr Umverteilung, mehr Staat, noch mehr Fürsorge von oben verspricht DIE LINKE. Ein „Rundum-Sorglos-Paket“ für alle, dessen Kosten bestenfalls die wenigen Reichen tragen, die nach linkem Gesellschaftsverständnis ohnehin nur zu Lasten der Allgemeinheit leben. Doch wie stimmig ist dieses Bild? Sollte sich der Wähler wirklich darauf verlassen, dass die Weisheit zentral planender Politiker der beste Garant für die Erfüllung der individuellen Bürgerwünsche ist? Ein Blick auf einige Programmpunkte der LINKEN lässt Zweifel aufkommen.

Erst „Reichtum für alle“...

„Reichtum für alle!“ fordert DIE LINKE im diesjährigen Wahlkampf und unterteilt dies mit dem Aufruf nach mehr Gerechtigkeit im Lande. Wer möchte da nicht zustimmen? Doch ist der Wohlstand dieses Landes wirklich wie eine Kuchen, den man nur in für jeden Bürger gleich große Stücke zerteilen muss, um damit jeden zufrieden stellen zu können?

Reichtum, das Produkt der Arbeit aller Bürger des Landes, muss von jedem Einzelnen immer wieder erarbeitet werden. Gleichzeitig werden die Ergebnisse der Arbeit nur dann zu Reichtum, wenn sie von den Bürgern auf Märkten freiwillig getauscht werden und damit an Wert gewinnen. Reichtum ist also keine politische Manövriermasse, mit dessen Verteilung man den Wähler auf die Seite einer Partei ziehen kann, sondern das Ergebnis der individuellen Leistungsfähigkeit und der persönlichen Präferenzen der Bürger. Zwar benötigt der Markt, als gedanklicher Ort, auf dem der Wohlstand der Bürger entsteht, verlässliche staatliche Rahmenbedingungen. Doch reagieren die auf ihm tätigen Bürger sehr empfindlich, wenn man von außen ihre Leistungsfähigkeit behindert, sie übermäßig belastet und die Entfaltung ihrer Wünsche beschneidet. Dann wird der Kuchen, den man eben noch gerecht verteilen wollte, immer kleiner, weil sich das Backen nicht mehr lohnt und die Zutaten dorthin verfrachtet werden, wo sie ihren Besitzern mehr Ertrag bringen.

Daher steckt linke Wirtschaftspolitik in einem selbstverursachten Dilemma. Sie will verteilen, bevor es etwas zu verteilen gibt und berücksichtigt dabei nicht, dass sich die freiwillige Umverteilung auf Märkten nicht ohne Verluste um den Umverteilungszwang des Staates ergänzen lässt. Zwang verursacht Leistungsverweigerung und gibt den Bürgern einen Anreiz den Zwän-

argumente

gen aus dem Weg zu gehen. Mit anderen Worten, es wird weniger geleistet und das was geleistet wird, oftmals in einer Art, die dem ursprünglichen Verteilungszielen zuwider läuft. Das fordert weitere Restriktionen für die Bürger und zieht eine Spirale von Ausweichreaktionen der Bürger nach sich, die kein politischer Planer sich auszudenken vermochte. Ein Teufelskreis, der alle arm macht.

Märkte werden dadurch nicht gerechter, sondern nur komplizierter und immer weniger transparent. Niemand weiß mehr genau, ob das Verhalten der Marktteilnehmer eine Reaktion auf die Wünsche der Konsumenten oder eine Anpassung an die politischen Fesseln des Staates ist. Diejenigen, die sich weniger geschickt an äußere Zwänge anpassen können, bleiben erfolglos, andere sind in der Lage sich in den Nischen der staatlichen Regulierung behaglich einzurichten. Erfolg hat nicht mehr der Marktteilnehmer, der seine Kunden am besten bedient, sondern derjenige, der am erfolgreichsten um politische Pfründe buhlt. Da jedoch niemand vom Lobbyismus allein satt wird, aber trotzdem mehr und mehr Bürger ihre Leistung von der Werkbank auf das politische Parkett in Berlin verlagern, schrumpft der Verteilungsspielraum der Politik immer weiter.

Linke Wirtschaftspolitik klingt oft verführerisch einfach und plausibel, weil fast jeder sich mit den in Aussicht gestellten Ergebnissen zu identifizieren vermag. Auch sieht sich fast jeder intuitiv auf der Gewinnerseite, weil DIE LINKE für nahezu jeden ein Versprechen parat hält, ohne zunächst die Frage nach dem individuellen Beitrag der Beschenkten zum Wohlstand zu stellen. Schon der französische Nationalökonom Frédéric Bastiat hat den Charme, den linke Wirtschaftspolitik auf viele Bürger ausübt, vor mehr als 150 Jahren treffend umrissen: „Der Staat ist die große Fiktion, nach der sich jedermann bemüht, auf Kosten jedermanns zu leben.“ Wer immer noch nicht bemerkt hat, dass das nicht funktionieren kann, der mache doch einmal einen Test in den eigenen vier Wänden.

...dann aber „Reichtum besteuern“

„Das Steuerkonzept der LINKEN besteht also aus Steuererhöhungen für Wohlhabende, Besserverdienende und gutverdienende Großunternehmen und Steuersenkungen für Arbeitnehmer und kleinere und mittlere Betriebe.“

Oskar Lafontaine, Rede auf dem Bundestagswahlparteitag, DIE LINKE am 20./21.06.2009

Nicht nur DIE LINKE, auch andere linksorientierte politische Parteien sind sich in ihren Wahlprogrammen einig: Das Steuersystem soll untere Einkommen entlasten und die Finanzierungslast des Staates stärker auf die hohen Einkommen, üppigen Erbschaften und Unternehmensgewinne verlagern. Zwar bedient man mit dieser Forderung den Neidreflex der bevorzugten Wählerklientel, doch ökonomisch klug ist dieses Ansinnen mit Sicherheit nicht.

Es ist wohlbekannt, dass die Leistungsbereitschaft der Bürger vom Ertrag ihrer Leistung abhängt. Auch ist bekannt, dass die produktivsten und am meisten qualifizierten Bürger die höchste Mobilität aufweisen und daher eher noch als alle anderen versuchen, ihre Einkommen und Ersparnisse vor dem Zugriff des Fiskus zu entziehen. Wer viel verlieren kann, aber selbst wenig von staatlicher Umverteilung profitiert, wird einen größeren Aufwand betreiben den finanziellen Verlust zu minimieren. Nicht umsonst plagt dieses Land die Abwanderung von Experten und ganzen Industriezweigen. Auch der Schwarzmarkt gewinnt so ungewollt an Anbietern und Nachfragern. Immer weniger Menschen müssen so für die Finanzierung von immer höheren Ansprüchen an staatliche Leistungen in Anspruch genommen werden.

Es ist daher eine politische Utopie der LINKEN, dass mehr Wohlstand für alle durch Umverteilung aus einer stärkeren Besteuerung der Leistungsträger der Gesellschaft erreicht werden kann. Stattdessen wird die Besteuerungsbasis ausgetrocknet und mit ihr der Wohlstand in diesem Land. Deutschland braucht nicht mehr Steuern für Reiche, auch keine neuen Steuern, wie Vermögens- und Börsenumsatzsteuern, sondern weniger Steuern und einen effektiveren Einsatz dieser Mittel. Dadurch gewinnt Deutschland an Attraktivität und Leistungsfähigkeit. Die heutigen Bezieher geringerer Einkommen dürften davon mehr profitieren, als von den Umverteilungsversprechungen der Wahlprogramme des linken Parteienspektrums.

Mit Mindestlohn und Arbeitsbeschaffung in die Zukunft?

„DIE LINKE fordert: flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn nach französischem Vorbild einführen, der in der nächsten Wahlperiode auf zehn Euro erhöht wird [...]; [...] Zukunftsprogramm für zwei Millionen Arbeitsplätze auflegen: mit Investitionen von 100 Milliarden Euro pro Jahr in Bildung, Gesundheit, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr die Krise bekämpfen; Zukunftsfonds für eine nachhaltige Wirtschaft einrichten und mit 100 Milliarden Euro für die zukunftsfähige, sozial-ökologische Entwicklung industrieller Arbeitsplätze, [...] eine Million dieser Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst schaffen und darüber hinaus 500 000 Arbeitsplätze in einem öffentlich geförderten, gemeinnützigen Beschäftigungssektor; [...]“

Bundestagswahlprogramm 2009, DIE LINKE

Ein Leben in Wohlstand sollte man sich erarbeiten, darüber besteht eigentlich ein gesellschaftlicher Konsens. Nur wer seinen Mitmenschen aus eigener Kraft erarbeitete Leistungen anbietet und damit deren Bedürfnisse befriedigt, kann auf Dauer ein einträgliches Einkommen erwarten. In einer Marktwirtschaft basiert der Konsum auf dem freiwilligen Tausch von Leistungen. Jeder Bürger kombiniert seine Arbeitskraft, sein Wissen und seine Kreativität mit dem Kapital, das ihm von Investoren gegen eine vereinbarte Entschädigung überlassen wird. Er produziert damit Güter, deren Tauschwert ausreicht, den eigenen Konsum zu finanzieren. Wer mehr Leistung und Wissen anzubieten hat, findet mehr Nachfrager und kann von seiner Arbeit besser leben. Arbeit ist weniger Selbstzweck als Mittel zum Zweck des Lebensunterhalts.

Linke Arbeitsmarktpolitik sieht das etwas anders. Nicht die Nachfrager bestimmen, was die Arbeitskraft wert ist, sondern Gewerkschaftsfunktionäre und Politiker. Nicht anders ist der Ruf nach einem Mindestlohn zu verstehen. Dahinter steht die Illusion, man bräuchte Löhne nur administrativ festzusetzen und schon ist der Streit um die Verteilung des Mehrwerts der Produktion beendet. Die Arbeiter erhalten einen Lohn, der ihrer Vorstellung von Gerechtigkeit entspricht und die Unternehmer reduzieren, wenn auch zähneknirschend, ihre Gewinne. Doch diese Geschichte hat einen gewaltigen Haken: Arbeiter werden entsprechend ihrer Produktivität bezahlt. Übersteigt aber der Lohnsatz den Ertrag ihrer Arbeit, macht der Arbeitgeber Verluste. Natürlich lassen sich die höheren Kosten zum Teil auf die Produktpreise überwälzen und der Versuch ist, möglich die Gewinne der Investoren zu beschneiden. Doch sowohl die Kundschaft als auch die Kapitalgeber lassen sich dies nicht beliebig gefallen und weichen auf andere Produkte aus oder ziehen ihr Vermögen aus dem Unternehmen zurück. Dann müssen Kapazitäten abgebaut werden, Arbeitsplätze fallen weg, die Arbeitszeit wird verkürzt oder unbezahlte Mehrarbeit verordnet. Leidtragende sind Arbeiter mit geringerer Arbeitsleistung, niedriger Qualifikation und höherem Alter, denen die Flexibilität zur Anpassung an diese Ausweichreaktionen der Unternehmen fehlt. Sie dürfen sich bei den Gewerkschaften und gutmeinenden

Arbeitsmarktpolitikern dafür bedanken, dass weniger Beschäftigungsmöglichkeiten angeboten werden.

Auch die Forderung nach Allgemeinverbindlichkeitserklärungen für höhere tarifliche Mindestlöhne, ohne Zustimmung der Arbeitgeberverbände, zeigt wenig Gespür für die Realitäten des Arbeitsmarktes. Derartige Lohnkartelle führen erst zu der Vermachtung der Arbeitsmärkte, die Linke immer wieder beklagen. Unternehmen und Gewerkschaften hecken einen Deal aus, mit dem sich beide jeweils vor ihren wirklichen Konkurrenten schützen: Unternehmen schirmen sich vor der Lohnkonkurrenz von Unternehmen im Wettbewerb um qualifiziertes Personal ab und Gewerkschaften bewahren ihre Mitglieder vor der Konkurrenz von Nicht-Mitgliedern. Denn bei Lichte betrachtet ist eine Gewerkschaft kein Vertreter der Arbeitnehmerinteressen gegen die Interessen der Unternehmen, sondern gegen die Konkurrenz aus den eigenen Reihen, dem Teil der Arbeitnehmerschaft, der seine Arbeitskraft zu niedrigeren Lohnsätzen anbietet. Gleichmaßen sichern sich die Unternehmer mit Flächentarifverträgen vor besser entlohnenden Konkurrenten ab, indem sie die Verantwortung für die Lohnabschlüsse an ein gesetzlich geschütztes Tarif-Kartell abtreten. Da sich alle Tarifparteien auf einen einheitlichen Lohnsatz für bestimmte Tätigkeiten verpflichten, wird diese Konkurrenz ausgeschaltet. Mehr staatliche Einflussnahme stärkt dieses Kartell nur noch. Nutznießer sind wie immer die Jobbesitzer mit hoher Produktivität (jedoch ohne Garantie auf Dauerhaftigkeit) und diejenigen Unternehmen, die gegebenenfalls befürchten müssten höhere Löhne zu zahlen.

Doch weil sich dieser gordische Knoten nicht so ohne weiteres durchschlagen lässt, will linke Arbeitsmarktpolitik weitere Zwangsmaßnahmen nachlegen. Ein Zukunftsprogramm von insgesamt 200 Mrd. Euro pro Jahr für 2 Millionen Arbeitsplätze im privaten und öffentlichen Sektor soll der Steuerzahler wuchten, um für 100.000 Euro pro Arbeitsplatz Jobs zu schaffen, mit denen man derzeit aber nur durchschnittlich 41.000 Euro brutto (Statistisches Bundesamt 2008) verdienen kann. Kein guter Deal, zumal man berücksichtigen sollte, dass es ja weniger um Arbeit für gut ausgebildete Fachkräfte geht, sondern vor allem um Jobs für eher schwer vermittelbare Langzeitarbeitslose, deren Einkommensniveau deutlich niedriger liegt (sonst würde DIE LINKE nicht 10 Euro Mindestlohn, sondern gleich 30 Euro verlangen). Mit diesem Ausgabenprogramm sollen ohne weitere sachliche Begründung 1 Mio. Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst geschaffen werden, ohne zu berücksichtigen, dass ein Teil dieser Jobs ihre Inhaber nur in einer Beschäftigung parkt, aber keinen Beitrag zur Wohlstandsmehrung leistet. Doch konsumieren kann man nur, wenn auch produziert wird. Für jeden zusätzlichen öffentlichen Beschäftigten, der keine realen Güter oder Dienstleistungen erzeugt, sondern lediglich einen Arbeitsplatz belegt, fallen private Beschäftigungsmöglichkeiten weg, da der Mehrwert fehlt, den man hierfür in zusätzliche Produktionskapazitäten investieren müsste. Ob die darunter leidenden Arbeitslosen mit aktiver Arbeitsmarktpolitik wieder fit gemacht werden können ist eher zweifelhaft. Die Erfahrungen zeigen, dass Weiterbildungsmaßnahmen die Chancen auf eine reguläre Beschäftigung eher verschlechtern, wie etwa Wissenschaftler des Instituts für Wirtschaftsforschung in Halle im Jahr 2004 in einem Gutachten für das Bundesland Sachsen ermittelten.

Auch im Bereich der Arbeitsmarktpolitik zeigt sich, dass Arbeitsplätze nicht am Bedarf der Unternehmen und an den Bedürfnissen der Konsumenten vorbei in den Markt hineinregiert werden können. Gut entlohnte Beschäftigung setzt ausgebildete und leistungsbereite Bürger sowie attraktive Gewinnaussichten für Investoren voraus. Niedrige steuerliche Belastungen von Einkommen, Ersparnissen und Gewinnen, sowie ein hohes Maß an unternehmerischer Freiheit ist das Gebot der Stunde. Mehr Zwang führt dagegen zu Abwehr und Leistungsverweigerung. Eine weitere Lektion, die DIE LINKE nicht aus dem Versagen der Planwirtschaft gelernt hat.

Ist mehr Staat die bessere Therapie?

*„Gesundheit ist keine Ware. [...] Es geht darum, die Finanzierung sowie den versicherten Personenkreis und damit die Einnahmebasis auszuweiten. So wird gesamtgesellschaftliche Solidarität auf einer stabilen Finanzierungsbasis erreicht.“
Bundestagswahlprogramm 2009, DIE LINKE*

Gesundheit ist ein besonderes Gut, das man nicht dem Markt überlassen könne, ist eine häufig verwendete Floskel linker Politiker. Tatsächlich ist der Markt für Gesundheitsleistungen ein sensibles Thema, da es anders als beim Kauf eines Kühlschranks oder einer Kinokarte nicht selten um Leben und Tod geht. Gesundheitsmärkte müssen ein hohes Maß an verlässlicher Qualität bieten und sollen gleichzeitig in der Lage sein, auch Menschen mit geringem Einkommen eine angemessene Behandlung zu ermöglichen.

Unser heutiges Gesundheitssystem funktionierte lange Jahre, ohne das uns seine fundamentalen Schwächen besonders ins Auge fielen. In Bismarcks Zeiten konzipiert, war das Umlageverfahren zur Finanzierung der Gesundheitsleistungen solange kein Problem, wie eine breite Basis junger Menschen eine vergleichsweise geringe Anzahl alter Menschen zu versorgen hatte. Heute hat sich diese Situation grundlegend geändert. Immer weniger junge Menschen müssen die Gesundheitsleistungen eines wachsenden Anteils immer älter werdender Menschen in der Bevölkerung finanzieren. Der Generationenvertrag stößt an seine Grenzen und macht uns schmerzvoll die Konstruktionsfehler des derzeitigen Gesundheitssystems bewusst.

Die Patienten bestimmen die Nachfrage nach medizinischen Leistungen, müssen aber die von ihnen verursachten Kosten nicht direkt tragen. Sie bekommen nicht einmal die Rechnung für ihren Arztbesuch zu Gesicht. Kein Wunder, dass die Patienten oft geneigt sind, die Leistungen der sich aus einem gemeinsamen Pool finanzierenden Krankenkassen übermäßig in Anspruch zu nehmen. Ein Vergleich von Nutzen und Kosten von Gesundheitsleistungen wird von den Patienten nicht ernsthaft in Erwägung gezogen, ein Verhalten, das im normalen Leben eines Konsumenten alsbald den Ruin provozieren würde. Auch der Arzt bestimmt die Nachfrage nach medizinischen Leistungen des Patienten, doch weder Patient noch Krankenkasse besitzen die notwendigen Informationen, die Relation von Aufwand und Ertrag der ärztlichen Behandlung genau einschätzen zu können. Folglich ist es schwierig, die Kosten der Leistungserstellung in angemessenen Grenzen zu halten. Zudem werden die Vergütung der Ärzte und ihre Verteilung nicht durch den Wettbewerb im Gesundheitsmarkt bestimmt, sondern von den kassenärztlichen Vereinigungen, die wie Gewerkschaften mit Zwangsmitgliedschaften ihre Mitglieder in ein kostentreibendes Kartell zwingen. Schließlich folgt die den Bundesländern obliegende Krankenhausbedarfsplanung nicht allein gesundheitspolitischen Notwendigkeiten, sondern auch anderen regionalpolitischen Gesichtspunkten. Vor diesem Hintergrund divergierender Interessen lässt sich die Gesundheitsexplosion im Gesundheitswesen nur schwer in Schach halten.

Doch wie reagiert DIE LINKE auf diese Herausforderung? Der Leistungskatalog soll weiter ausgedehnt werden, Zuzahlungen abgeschafft und der Anspruch auf Routineleistungen wie Brillen und Zahnersatz wieder eingeführt werden. Effektivität und Qualität der medizinischen Versorgung sollen nicht der Wirtschaftlichkeit untergeordnet werden. Die Versorgung soll bedarfsgerecht und wohnortnah sein und mit einer Förderung unterversorgter Gebiete einhergehen. Privatisierungen sollen gestoppt und die staatliche Planung und Finanzierung der Krankenhäuser erhalten werden. Die Nachfrage der LINKEN nach zusätzlichen Leistungen ist damit bei weitem nicht erschöpft. Das klingt zunächst sehr engagiert, weist jedoch das Manko auf, dass keine Aussage getroffen wird, wie man sicherstellen will, dass im Zuge dieser Maßnahmen auch ein vernünftiges Verhältnis von Kosten und Nutzen eingehalten wird.

Noch mehr Leistungen, die eigentlich planbar sind und damit von jedem selbst angespart werden können, sollen sich wieder auf die Allgemeinheit abwälzen lassen, wo doch gerade dieses Trittbrettfahrerverhalten einer der wichtigsten Kostentreiber des Gesundheitswesens ist. Statt einen Eigenanteil an den Gesundheitskosten als Anreiz für einen bewussten Umgang mit den Mitteln des Solidarsystems zu akzeptieren, wird das Anspruchsdenken der Versicherten und der unverantwortliche Umgang mit den kollektiven Beiträgen aller Versicherten gefördert. Statt die kartellartigen Strukturen in der Vergütung von Ärzten und Krankenhäusern aufzubrechen, soll mehr Staat in der Krankenhausplanung die Lösung bringen. Doch solange die Anreizstrukturen sich hier nicht ändern, kann auch die ambitionierteste staatliche Kostenplanung nicht viel erreichen, es sei denn man nimmt Einbußen in der Behandlungsqualität und eine weitere Rationierung der Gesundheitsleistungen in Kauf.

Für die Finanzierung dieses Forderungskatalogs sollen nach Ansicht der LINKEN zukünftig alle Berufsgruppen und Einkommensarten herangezogen werden. Man reagiert auf die selbst herausgeforderte Kostenexplosion mit dem Zugriff auf alle denkbaren Finanzierungsquellen, wohl wissend, dass in einem System aus Anspruchsdenken und ohne systematische Anreize zur Wirtschaftlichkeit ein Ausbluten der Wirtschaftskraft der Bürger immer wahrscheinlicher wird. Schon heute machen die Lohnnebenkosten den Wirtschaftsstandort Deutschland zu einem teuren Pflaster und vielen deutschen Arbeitnehmern bleibt trotz ihrer vergleichsweise hohen Arbeitsproduktivität immer weniger Netto vom Bruttolohn. Wie diese Abwärtsspirale mit einem gesundheitspolitischen Einheitsmodell, das alle Menschen über einen Leisten schlägt und keinen Platz für Wahlfreiheit und eigenverantwortliches Handeln lässt, aufgehalten werden soll, wird von den linken Parteien nicht beantwortet. Vielleicht auch deshalb, weil diese unangenehmen Fragen angesichts der großspurigen Versprechungen von den Wählern ebenfalls gern verdrängt werden.

Märchen werden selten wahr

Allein diese Beispiele zeigen wie groß die Lücke zwischen wirtschafts- und sozialpolitischem Wunschdenken und der Realität ist. Die linke Gesellschaftskritik, in der den Unternehmen, aber auch dem einzelnen Bürger immer wieder mangelnder Kollektivgeist und Profitorientierung vorgeworfen wird, gipfelt in einer Programmatik, die gerade keine Lehren aus dieser Realität zieht. Individualismus lässt sich nur schwer einem staatlichen Verhaltensdiktat unterziehen und wenn, nur mit häufig unabsehbaren Folgen. Nicht nur das Versagen des Sozialstaats, sondern auch die Erfahrungen mit planwirtschaftlichen und kollektivistischen Diktaturen sollten den Bürger bei allzu simplen Lösungsvorschlägen für die Herausforderungen der Wirtschafts- und Sozialpolitik aufhorchen lassen. Der Wunsch, es möge alles gut gehen, reicht vielleicht im Märchen für ein Happy End aus, in der Realität müssen Problemlösungen erst zu Ende gedacht werden und sich später an ihren Ergebnissen messen lassen.